

# Köniz droht die Bevormundung

Bund vom 21. August Seite 17

**Finanzen** Die Gemeinde budgetiert ein Rekorddefizit und riskiert, dass der Kanton eingreift.

Seit acht Jahren budgetiert Köniz Jahr für Jahr ein Defizit. Dieses Mal rechnet der Gemeinderat sogar mit einem Finanzloch von fast 9 Millionen Franken, wie er gestern bekannt gegeben hat. So schlimm war es noch nie. In den früheren Jahren lag das budgetierte Minus bei rund 3 Millionen Franken.

Aufgrund der Corona-Krise und des angekündigten Wegzugs der Swisscom wird die Gemeinde 2021 rund 5 Millionen Franken weniger Steuern von Firmen erhalten. Auch die Steuern der natürlichen Personen werden weniger stark ansteigen als erhofft. Gleichzeitig steigt die Zahl der Schüler und Schülerinnen. Diese brauchen mehr Lehrkräfte und mehr Raum. Die neuen Schulhäuser schlagen sich im Budget aber in Form von Abschreibungen nieder. Zudem erhöhte der Kanton

die Lehrerlöhne. Daran muss sich die Gemeinde beteiligen, ob sie will oder nicht.

## Wenig Spielraum

Ohnehin ist der Spielraum der Gemeinde klein. Nur gerade einen Fünftel des Budgets kann sie beeinflussen. Trotz des anstehenden Defizits und mehrerer Sparpakete lehnte die Könizer Stimbevölkerung im vergangenen November eine Steuererhöhung ab. Deshalb will der Gemeinderat die Steuern erst für 2023 erhöhen. Auch Sparpakete will er nicht mehr schnüren. Erst letztes Jahr hat er ein Paket mit 76 Sparmassnahmen verabschiedet. Diese will er wie vom Parlament bewilligt umsetzen, aber dann soll genug sein. «Sonst müssten wir in sensiblen Bereichen wie etwa bei der Frühförderung sparen», begründet die Gemeindepräsidentin

Annemarie Berlinger (SP) die Haltung des Rates.

Stattdessen will der Gemeinderat «den langfristig eingeschlagenen Weg des Wachstums weiterverfolgen». Die anstehenden Investitionen sollen trotz des absehbaren Defizits getätigt werden. «Mittelfristig wird die Gemeinde dem Widerspruch zwischen wachsenden Ausgaben aufgrund des Bevölkerungswachstums und den stagnierenden Einnahmen jedoch lösen müssen», so Berlinger weiter.

## «In den Abgrund»

Schon in zwei Jahren droht der Gemeinde nämlich ein Bilanzfehlbetrag, und dann müsste Köniz dem Kanton Rechenschaft ablegen. Oder wie es der Könizer CVP-Präsident Valentin Lagger sagt: «Dann wird der Kanton das Zepter übernehmen, und das gilt

es auf jeden Fall zu verhindern.» Bei den Könizer Parteien stösst das Vorgehen des Gemeinderats auf wenig Verständnis. «So fahren wir sehenden Auges in den Abgrund», sagt Lagger. Und die FDP-Präsidentin Erica Kobelitten wirft dem Gemeinderat vor, er habe die «Fliete ins Korn geworfen». Doch darüber, wie sich die Finanzprobleme der Gemeinde lösen lassen, sind sich die Parteien so uneinig wie eh und je.

Während die Bürgerlichen weiter sparen wollen – «die Bevölkerung lehnte die Steuererhöhung ab, nun muss sie die Konsequenzen tragen», sagt die SVP-Präsidentin Kathrin Gilgen –, will die Linke im Parlament rasch die Steuern erhöhen, in einem ersten Schritt die Liegenschaftsteuer. Dies könnte das Parlament laut Iris Widmer (Grüne) ohne Volksabstimmung bewilli-

gen. Der allgemeine Könizer Steuerfuss ist tiefer als in der Stadt Bern.

Laut dem Präsidenten der Mittefraktion, Casimir von Arx (GLP), würden höhere Liegenschaftsteuern allein die Probleme der Gemeinde aber nicht lösen. Deshalb sehe auch die Mittefraktion eine allgemeine Steuererhöhung als unumgänglich. Um der Bevölkerung die Steuererhöhung zu erleichtern, bringt er die befristete Steuererhöhung wieder aufs Tapet. Diese hatte das Parlament vor zwei Jahren verworfen. Allerdings nur sehr knapp. Im November wird das Budget im Parlament behandelt. Bis dann haben die Parteien Zeit, ihre Ideen zu schmieden. Sie werden es wohl auch mit Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr tun.

Naomi Jones und Noah Fend